



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zum Antrag:

Gaspreise wirkungsvoller kontrollieren und begrenzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/2232 (Zweite Beratung)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses – Drs. 15/3247

104. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 09. November 2006

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Erhöhung der Gaspreise - das hat Herr Kollege Janßen zu Recht gesagt - steht zurzeit leider überall in den Regionen auf der Tagesordnung. So haben die Stadtwerke Hannover gerade erst zum 1. November ihre Gaspreise um mehr als 12 % erhöht. Herr Kollege Meinhold, ich will ja hier nicht in einen regionalen Wettbewerb treten, aber die EWE hat in meiner Region bundesweit noch immer die günstigsten Gaspreise.

(Walter Meinhold [SPD]: Das stimmt!)

Das beweist auch ein Stück weit, dass ein städtischer Monopolist nicht immer das Beste für die Kunden ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Aber das reicht als Beweis nicht aus!)

Das sage ich gerade im Hinblick auf unsere Diskussion über Stadtwerke, die wir hier im Hause bereits geführt haben. Aber ich will ja zum Antrag der Grünen reden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sie haben zum Glück noch früh genug gemerkt, dass Ihr ursprünglicher Antrag von der Realität ganz weit weg ist. In ihm hatten Sie ja noch gefordert, dass sich die

Gasversorger in Deutschland mit den Verbraucherverbänden über die Preise ins Benehmen setzen müssen. Das wäre dann so, als wenn Frau Leuschner für die Verbraucherzentralen auf einmal Genehmigungsbehörde für die Gaspreise geworden wäre. Das wäre wohl schon ein bisschen sehr weit von der Realität weg gewesen.

Aber auch der Änderungsvorschlag, den Sie vorgelegt haben, zeigt, dass das, was Sie, Herr Kollege Janßen, vorhin gesagt haben, letztendlich nichts anderes als Heuchelei ist, jedenfalls wenn man es aus dem Munde eines Grünen hört. Sie fordern in Ihrem Änderungsvorschlag erstens, erneute Preissteigerungen durch intensive Kontrolle zu begrenzen, wenn ich es richtig verstanden habe. Zweitens sagen Sie, dass kartellrechtliche Verfahren bei Verdacht auf Monopolmissbrauch angestrengt werden sollen. - Sie haben vorhin zu Recht gesagt - ich bin froh, dass Sie darauf hingewiesen haben -, dass es ohnehin die Aufgabe der Landesregierung, der Bundesregierung und der Kartellbehörden ist, darauf zu achten, dass es keinen Monopolmissbrauch gibt. Aber Sie verschweigen natürlich die Gründe für die Preissteigerungen an der Stelle.

Zunächst zum Thema Preissteigerungen. Die rotgrüne Bundesregierung hat zum 1. Januar 2003 die Erdgassteuer um mehr als 50 % - man höre und staune - erhöht, meine Damen und Herren. Das ist voll und ganz zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher gegangen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mittlerweile macht die Steuer am Erdgasendpreis mehr als 30 % aus; das belastet insbesondere die Haushalte. Die Preissteigerungen der vergangenen Jahre sind insbesondere auf diese rot-grüne Erdgassteuererhöhung zurückzuführen.

Nun zum Thema Kartellrecht und Verdacht auf Monopolmissbrauch. Das klingt - gerade in Richtung der SPD müsste man das ganz deutlich sagen - nun wirklich lächerlich. Ihre Bundesregierung hat die Megafusion zwischen E.ON und Ruhrgas erlaubt. Das waren Sie, meine Damen und Herren! Sie haben dafür gesorgt, dass der Gasmarkt noch mehr von Monopolisten bestimmt wird! Das waren nicht wir, sondern das waren Sie! Das ist der eigentliche Skandal Ihrer Politik der vergangenen Jahre!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Schreiben Sie doch endlich einmal eine neue Rede!)

Das Problem ist, dass sich die Wahrheiten leider nicht geändert haben, Herr Kollege Haase, und dass man das den Bürgern auch wieder sagen muss. Wenn man von Oppositionsseite her jetzt so tut, als wolle man sich ernsthaft um das Thema Gaspreise kümmern, kann ich nur sagen: Dann hätte man, als man, in Berlin jedenfalls, noch Regierungsverantwortung getragen hat, dort anders handeln müssen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Die tragen wir immer noch!)

- Dann geben Sie sich mal Mühe, auf Ihre Minister dort einzuwirken!

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Bis jetzt haben wir davon in Niedersachsen leider wenig gemerkt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

*Quelle: Stenographischer Bericht der 104. Sitzung des Niedersächsischen Landtags,
herausgegeben am 16.11.2006*